



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/75 - 29.3.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Generalvertrag und Verteidigungsbeitrag	S. 1
Katholizismus in Lateinamerika	S. 3
Zu den Hinrichtungen in Spanien	S. 5

Welche Freiheit der Entscheidung ?

(sp) Punkt 1 der Tagesordnung des Bundestages am 3. April ist die mit den Stimmen der Opposition gebilligte Empfehlung des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, den Punkt 6 des bekannten Antrages der Föderalistischen Union anzunehmen. Danach soll die Bundesregierung ersucht werden, "die den eventuellen Verteidigungsbeitrag betreffenden Abmachungen erst zu paraphieren, wenn der Generalvertrag auf der Basis deutscher Souveränität zuvor ratifiziert worden ist". Dieser Antrag bedeutet, daß erst Klarheit über die politische Stellung und die Handlungsfreiheit der Bundesrepublik bestehen muß, bevor darüber entschieden werden kann, ob es wieder deutsche Soldaten geben soll. Im Grunde also eine selbstverständliche Forderung, deren Erfüllung nicht nur ein Gebot politischer Klugheit, sondern auch ein Akt der nationalen Selbstachtung ist.

Das seinerzeit in Washington hergestellte Junctionim bedeutet doch nichts anderes für das deutsche Volk, als daß es unter allen Umständen gezwungen werden soll, wieder Waffen zu tragen, ohne das Ausmaß der Freiheit zu kennen, die es verteidigen soll. Dieses Junctionim sollte also jede echte deutsche Entscheidung über einen Verteidigungsbeitrag von vornherein ausschalten. Darum halten die Mächte, die um jeden Preis deutsche Divisionen wollen, an dieser Koppelung fest, und sie werden dabei von den Kräften in der Bundesrepublik unterstützt. die Hals über Kopf und unter

allen Umständen deutsche Soldaten zur Verfügung stellen möchten.

Die Mehrheit des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten hatte daher allen Grund, einen Antrag zu billigen, der das Junctim als unannehmbar ablehnt. Auch eine Regierung, die aus vielerlei Gründen bereit ist, durch einseitige Zugeständnisse den Zeitraum der gesuchten Entscheidungen zu verkürzen, wird die Auffassung der Ausschlußmehrheit anerkennen müssen. Im anderen Falle würde sie sich nicht dem Vorwurf entziehen können, nach der Preisgabe deutscher Rechte an der Saar auch auf das Minimum der Entscheidungsfreiheit verzichtet zu haben, die ein Volk verlangen muß, bevor über seine Wiederbewaffnung Beschlüsse überhaupt gesucht werden können. Dieses Minimum an Freiheit ist nur möglich, wenn die deutsch-alliierten Verträge eine entsprechende Ordnung der deutsch-alliierten Beziehungen schaffen und auf der Grundlage dieser Ordnung die anderen Entscheidungen fallen.

Es mag der Mentalität von Besatzungsmächten entsprechen, einer Bundesregierung zu sagen, sie würde nur dann mehr Rechte erhalten, wenn sie zehn bis zwölf deutsche Divisionen stelle - aber keine deutsche Regierung kann auf ein solches Geschäft eingehen. Sie kann es umso weniger, wenn sie entschlossen ist, durch Verweigerung von vorzeitigen Neuwahlen dem Volk jede direkte Möglichkeit einer Stellungnahme zu einer deutschen Wiederbewaffnung zu nehmen. Wie soll ein Volk, ein Parlament oder eine Regierung über diese Frage entscheiden können, wenn nicht zuvor die Grundlage besteht, auf der allein freie Entscheidungen denkbar sind? Für eine deutsche Regierung kann es überhaupt nur einen einzigen Grund geben, mit dem Junctim von Washington einverstanden zu sein, dann nämlich, wenn sie die Gewissheit hat, in den deutsch-alliierten Verträgen die Souveränität nach aussen und die volle Selbstbestimmung im Innern garantiert zu bekommen und überhaupt eine verlässliche, feste Grundlage für die Entscheidung über die Wiederbewaffnung entsteht.

Krise des Katholizismus in Lateinamerika

Aus Buenos-Aires wird uns geschrieben:

Während in Italien auf 833 Einwohner ein Priester kommt und in Spanien einer auf 1130, hat das ebenso katholische Argentinien nur einen Seelsorger für 4440 Bewohner. In allen anderen lateinamerikanischen Ländern außer Brasilien und Mexiko ist das Verhältnis noch ungünstiger für die katholische Kirche.

Dieses seit Jahren an Bedeutung ständig **schwerwiegen-**de Interesse für den Priesterberuf, dessen **schwerwiegender Ernst** von der katholischen Hierarchie wohl begriffen wird, ist ein Ausdruck der tiefgehenden Krise, in der sich die Ecclesia Militans in Lateinamerika befindet. Um ihren Nachwuchsbedarf an Priestern zu decken, hat sie stets die Reserven der europäischen Kirchen in Anspruch nehmen müssen, so daß heute ein hoher Anteil der lateinamerikanischen Priester Ausländer sind. Das wiederum hat in diesen jungen Staaten, die einem primitiven, aber darum nicht weniger leidenschaftlichen Nationalismus huldigen, Rückwirkungen auf die Verankerung der Kirche in den Massen.

Was der mexikanischen Regierung unter Cardenas z.B. in den dreißiger Jahren die politische und wirtschaftliche Entmachtung der Kirche erleichterte, war die Tatsache, daß die Landbevölkerung die Priester als landfremde Elemente ansah, die sie genau so haßte wie die ausländischen Kapitalisten. Und in Brasilien war es möglich, daß während des zweiten Weltkrieges eine Los-von-Rom-Bewegung sich siegreich behaupten konnte, die unter der Führung eines eingeborenen Bischofs stand und sich als selbständige brasilianische Landeskirche konstituierte. Sie besteht heute noch.

Die Kirche befindet sich in der Krise, weil sie überall aufs engste mit der herrschenden Macht verbunden ist. In den Augen des brasilianischen Caboclo, des cubanischen Plantagenarbeiters, des chilenischen Holzfällers und ihrer Frauen gehört der "Cura" zu den Institutionen dieser Erde, die man zu respektieren hat, ebenso wie den Gendarmen und den politischen Caudillo. Aber allen Respektspersonen gegenüber sind sie mißtrauisch, sie machen sie verantwortlich für das Elend, in dem sie leben. Die städtische Arbeiterschaft steht der Kirche ebenfalls indifferent gegenüber, ohne jedoch völlig den Bruch

zu vollziehen. Diese Gleichgültigkeit geht weit bis ins bürgerliche Lager hinüber, wo man noch heute den liberalen Traditionen der französischen Revolution huldigt, die einen so großen Einfluß auf die lateinamerikanische Unabhängigkeitsbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts ausübte.

Die katholische Kirche steht heute abseits von den großen politischen und wirtschaftlichen Fragen, die Iberoamerika bewegen. Wenn sie von der Geißel unseres Zeitalters redet, so denkt sie an die Umwälzung der Kleidermoden anstatt an Arbeitslosigkeit, Hunger und Kriegsgefahr. Und während in westeuropäischen Ländern eine christlich-soziale Bewegung entstanden ist, die wenigstens versucht, die sozialen Probleme zu erkennen, haben alle Versuche ähnlicher Art in Lateinamerika keinen Erfolg gehabt. Überall ist die Kirche reaktionär, oder es haben ihr Bewegungen faschistischen Charakters das Wasser abgegraben. Auch in Argentinien, wo sie nach außen mächtig und geachtet wie nie dasteht, ist sie ein Gefangener der politischen Gewalt, die ihre Wohlfahrtsorganisationen in die Enge getrieben und trotz der Wiedereinführung des Religionsunterrichts in den Schulen die Jugend entfremdet hat, weil sie sie mit eigenen Organisationen beansprucht. Ein Geistlicher, der in Buenos-Aires sich weigerte, Kotau vor dem herrschenden Regime zu machen, wurde von seinem Amt entfernt und arbeitet heute als Maurer.

+ + +

Kommunistische Lügen

(sp) In der 195. Sitzung des Bundestages am 21.2.1952 wurde die Frage der Werbung Deutscher für die Fremdenlegion behandelt. In diesem Zusammenhang wurde von dem Abgeordneten Fisch (KPD) behauptet, daß deutsche Arbeitsämter den Werbern amtseigene Räume zur Verfügung gestellt hätten. Auf eine Frage des Herrn Bundesarbeitsministers, wo dies geschehen wäre, erfolgte aus den Reihen der KPD-Abgeordneten der Zuruf "Arbeitsamt Darmstadt". Anschließend erklärte der Abgeordnete Müller-Frankfurt (KPD), daß im Arbeitsamt Darmstadt im Zimmer 3 eine solche Werbestelle Anwerbung für die holländische Fremdenlegion durchgeführt habe.

Erhebungen ergaben, daß im Arbeitsamt Darmstadt weder im Zimmer 3 noch in einem anderen Raum jemals eine Werbung für die Fremdenlegion, weder durch Amtsangehörige noch durch andere Personen durchgeführt worden ist. Zu keiner Zeit ist auch nur ein entsprechendes Ansinnen weder an die Amtsleitung noch einen anderen leitenden Angestellten gestellt worden. Die Behauptungen der kommunistischen Abgeordneten entbehren jeder tatsächlichen Grundlage; sie sind entweder böswillig oder zumindest grob fahrlässig erfunden.

+ + +

Plumpe Ausrede

(sp) Madrid sind die Proteste aus vielen freiheitlichen Ländern gegen die Hinrichtung von fünf Spaniern, die sich an den vorjährigen Streiks beteiligt hatten, nun doch wohl sehr auf die Nerven gegangen. Man hat die scharfe Erklärung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei mit einer eigenen Gegenerklärung abzuschwächen versucht, in der gesagt wird, daß es sich bei diesen fünf Arbeitern um "Mitglieder einer berüchtigten Bande von Bankräubern" gehandelt habe. Diese Behauptung trägt den Stempel der Unaufrichtigkeit an der Stirn. Vielleicht hätte sie einige Glaubwürdigkeit besessen, wenn sie vor der Hinrichtung veröffentlicht worden wäre und man nicht in Madrid zunächst geglaubt hätte, die ersten Einsprüche gegen das Bekanntwerden dieser verbrecherischen Hinrichtungen würden ohne nachhaltige Wirkung bleiben.

Erst nachdem sich herausgestellt hat, daß eine solche Erwartung trotz, hat man zu einer Erklärung Zuflucht genommen, die alle Merkmale einer plumphen Ausrede aufweist. Am 13. März hatte bereits "Herald Tribune" die bevorstehende Hinrichtung unter dem ausdrücklichen Hinweis bekanntgegeben, daß es sich um führende Gewerkschafter handelte, und nichts ist seitdem bekanntgeworden, was diese Feststellung ernsthaft erschüttert hätte.

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat denn auch an den Generalsekretär des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG), J.H. Oldenbroek, der versucht hatte, in Telegrammen an General Franco und die Außenminister von Frankreich, Großbritannien und USA eine Aufschiebung der Hinrichtung zu erreichen, ein Telegramm gerichtet. Er hatte darin seinem tiefen Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß dieser Schritt erfolglos geblieben sei und er hatte die Bitte hinzugefügt, nichts unversucht zu lassen, um angesichts des bevorstehenden Prozesses gegen weitere 27 spanische Gewerkschafter neue Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern.

Die spanische Regierung bemüht sich um die Aufnahme in den Kreis der Nationen, die für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten arbeiten. Sie würde in diesem Gremium einen absoluten Fremdkörper darstellen, denn es ist nicht so, wie von deutscher interessierter Seite erklärt wird, daß es sich um ein Regime "konservativ christlicher Weltanschauung" handelt, sondern schlicht und einfach um eine Diktatur schlimmster Prägung, in der jede regimefeindliche oder nur verdächtige Handlung mit blutigem Terror niedergeschlagen wird. Das Schicksal der fünf spanischen Gewerkschafter war nur einer von vielen Beweisen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau